



BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #43

Anfang Oktober 2016



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Die drei hinter mir liegenden Wochen in Berlin standen für mich fast ausschließlich im Zeichen der Religionsfreiheit. Das ist auch richtig so, denn als eines der wichtigsten Menschenrechte gerät gerade diese persönliche Freiheit weltweit immer mehr unter Druck. Und das Traurige ist, die wenigstens bekommen das mit (mal abgesehen von den Gräueltaten des IS, die uns aus dem Nahen Osten erreichen). Nicht nur Christen, auch Angehörige anderer Religionen wie Juden und Moslems werden in einigen Ländern bedrängt, verfolgt und bedroht. Wir haben deshalb vor zwei Jahren ein internationales Netzwerk aus Parlamentariern, das IPPFoRB, gegründet. Gemeinsam treten wir für die Verfolgten ein. Nach seiner Gründung in Oslo im Jahr 2014 und einem ersten großen Treffen in New York 2015 kam das Netzwerk jetzt auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und unserer Fraktion in Berlin zusammen. Welche wichtigen Signale von dem Treffen ausgehen, erfahren Sie im **NAHBlick**.

Im **SEITENBLICK** machen wir einen kleinen Ausflug in die Wirtschaft und werfen einen Blick auf den Mittelstand von morgen. Das Zitat der Woche im **QUERBLICK** stammt dieses Mal von der Kanzlerin „persönlich“ und im **AUGENBLICK** haben wir den Besuch von EZB Präsident Draghi im EU Ausschuss festgehalten, der vergangene Woche die Presse in Aufruhr versetzte. Ich kann Ihnen versichern, so aufregend, wie die Journalisten es gerne gehabt hätten, war sein Besuch nicht.

Wie Sie vielleicht schon mitbekommen haben, sind inzwischen unsere Kölner Landtagskandidaten nominiert. In Lindenthal wurde unser Kölner CDU-Vorsitzender Bernd Petelkau aufgestellt. Um Kosten zu sparen, werden wir künftig mein Wahlkreisbüro in der Aachener Straße gemeinsam nutzen. Ich freue mich auf diese Bürogemeinschaft, auch wenn wir uns dort wohl nur selten in Persona sehen können, weil wir beide viel im Wahlkreis unterwegs sein werden.

Dort werde ich dann hoffentlich auch die eine oder den anderen von Ihnen wieder sehen!

Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



**„Wir kämpfen für das Recht auf Religionsfreiheit“
Parlamentarier aus aller Welt treffen sich in Berlin**



Mehr Bilder finden Sie auf der Seite der [CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#). Dort hat die Fraktion auch ein [Video](#) hochgeladen, in dem sie von der Konferenz berichtet. © CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das war schon ein absolutes Novum: 110 Parlamentarier aller großen Religionen aus über 60 Ländern haben Mitte September drei Tage lang über das Grundrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit beraten. Als Gründungsmitglied der internationalen Parlamentariergruppe (im Englischen: International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief, kurz [IPPFoRB](#) genannt) gehörte Heribert Hirte selbstverständlich mit dazu. In seiner Funktion als Vorsitzender des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war er Teilnehmer verschiedener Podiumsdiskussionen, wo er sich mit Abgeordneten aus der Ukraine, Nigeria, Brasilien, Kanada, dem Vereinigten Königreich und den Philippinen über die rechtlichen Mittel zur Ausgestaltung der nationalen Gesetze und die praktischen Handlungsmöglichkeiten austauschte.

Merkel: „Religionsfreiheit schützt auch die Freiheit anders zu sein, als die Mehrheit es sich wünscht.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt seit vielen Jahren für die Religionsfreiheit ein. Ein Menschenrecht, das weltweit zunehmend unter Druck gerät. Deshalb war es wenig überraschend, dass selbst Kanzlerin Merkel sich die Zeit nahm, um die Konferenzteilnehmer im Deutschen Bundestag zu begrüßen. In ihrer viel beachteten [Rede](#) machte sie deutlich, wie sehr dieses Grundrecht auch Deutschland in die Pflicht nimmt, nicht zuletzt beim Umgang mit der Vollverschleierung. Freiheitsrechte schützen auch die Freiheit, anders zu sein, als es sich die Mehrheit wünsche, sagte Merkel und ergänzte: „Ebenso wie die Meinungsfreiheit gilt die Religionsfreiheit auch dann, wenn es unterschiedliche Auffassungen zu religiös motivierten Verhaltensweisen gibt. Ich halte eine Vollverschleierung für ein großes Hindernis bei der Integration. Daraus mache ich keinen Hehl. Denn wenn das Gesicht im Verborgenen bleibt, sind die Möglichkeiten des Kennenlernens und des Einschätzens der Persönlichkeit stark eingeschränkt. Das behindert jede Kommunikation, die eben nicht allein aus Worten besteht.“ Trotzdem, Einschränkungen der Religionsfreiheit können sich nur aus der Verfassung selbst ergeben – also wenn die Grundrechte Dritter, Gemeinschaftswerte von Verfassungsrang oder die staatliche Neutralität gegenüber den Religionen verletzt werden, betonte Merkel. Vor diesem Hintergrund setze die Bundesregierung in der Frage eines Vollverschleierungsverbots darauf, präzise Handlungsvorgaben für die Bereiche zu machen, in denen eine Vollverschleierung nicht geboten sei – beispielsweise im öffentlichen Dienst oder vor Gericht.

Gesetzesänderungen reichen oft nicht aus

Grundlage des Parlamentarier-Netzwerks ist das uneingeschränkte Bekenntnis zum [Artikel 18 der UN Menschenrechtscharta](#). Dazu gehört auch das „Recht auf Konversion“, wie Heribert Hirte immer wieder betont. In vielen muslimischen Staaten steht immer noch offiziell die Todesstrafe auf den sogenannten Glaubensabfall. Eine Gesetzesänderung reiche allerdings nicht aus, wie die pakistanische Christin Asiya Nazir auf der Konferenz mit Blick auf den umstrittenen Blasphemie-Paragrafen in ihrem Land betonte. Genau deshalb hält Heribert Hirte den Austausch unter den Parlamentariern und das öffentliche Eintreten für dieses Thema für enorm wichtig. Notwendig sei nämlich eine Gesinnungsänderung, da radikale Gruppen wie in Pakistan ansonsten das Recht in die eigene Hand nähmen. So kompliziert die Verständigung und Organisation untereinander auch sein mag, die Stärke des vor zwei Jahren in Oslo gegründeten Netzwerks aus Parlamentariern besteht gerade in der Internationalität.

Kein Staat möchte ewig am Pranger stehen, keinen Diktator wird es für immer gleichgültig lassen, wenn seine Regierung vor aller Welt der Missachtung von Religionsfreiheit bezichtigt werde. Um öffentlich Druck zu erzeugen will das Netzwerk auch in Zukunft weitere Briefe an Regierungen wie in Myanmar oder im Sudan senden, in denen sie auf die Achtung der Religionsfreiheit hinweisen. Delegationsreisen sollen dann der Forderung Nachdruck verleihen. Das Netzwerk kann bereits Erfolge vorweisen: beispielsweise im indischen Bundesstaat Orissa, wo es zu brutalen Christenverfolgungen kam. Der oberste Gerichtshof hat die Regierung inzwischen zur Entschädigung der Christen verpflichtet.

Bundesregierung legt erstmals Bericht zur Lage der Religionsfreiheit vor

Dank des Engagements der CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung dieses Jahr erstmals einen [Bericht](#) erstellt, der beschreibt, auf welcher vielfältigen Weise in der Welt das Menschenrecht der Religionsfreiheit verletzt wird. Vergangene Woche war dieser Bericht nun Gegenstand der Debatte im Deutschen Bundestag. Heribert Hirte konnte [in seine Plenarrede](#) die Erkenntnisse der internationalen Tagung direkt einfließen lassen und sagte: „Wir Parlamentarier sind in der Lage, mit dem Finger auf Missstände in anderen Ländern zu zeigen, aber dieser Fingerzeig sollte vor allen Dingen als Handreichung dienen, damit Parlamentarier aus anderen Staaten von uns lernen können und umgekehrt wir auch von ihnen.“

SEITENBLICK

Kurz informiert



Auf Startuptour durch Berlin



Heribert Hirte hat vergangene Woche mal einen kurzen Blick in die Zukunft – zumindest in die Zukunft der Mobilität – und auf den Mittelstand von morgen geworfen. Auf der Startuptour der CDU/CSU-Fraktion durch Berlin machte er Station bei [Ally](#). Das Unternehmen entwickelt eine App für den städtischen Nahverkehr. Ein Video der Berliner Startuptour ist [hier](#) zu sehen.

Flughafen Köln/Bonn zu Gast in Berlin

Normalerweise verbringt Heribert Hirte in der Regel jeden zweiten Montag und Freitag auf dem Flughafen Köln/Bonn. Für einen Abend kam der Flughafen jetzt ausnahmsweise mal zu ihm nach Berlin aufs Dach des Reichstagsgebäudes – zumindest in Person des Vorsitzenden Geschäftsführers Garvens. Dieser berichtete, wie gut das Geschäftsjahr 2016 verlaufen sei: „An keinem anderen größeren deutschen Flughafen wuchsen die Passagierzahlen so stark wie bei uns. Schon im Mai zählten wir mehr als eine Million Passagiere.“ Auch das Eurowings-Langstreckennetz wachse weiter – beispielsweise mit Direktflügen in die USA. Von solch positiven Nachrichten kann der Berliner Flughafen bestenfalls träumen ... Aber egal, ob Köln/Bonn oder Berlin, alle warten auf das Luftverkehrskonzept für Deutschland, das die Bundesregierung noch dieses Jahr vorlegen möchte. Erstmals unter Beteiligung von Umwelt- und Lärmschutzverbänden sollen darin die nötigen Rahmenbedingungen für den Luftverkehr festgelegt werden, damit Deutschland weltweit wettbewerbsfähig bleiben kann.



v.l.n.r.: Prof. Kurt Bodewig Bundesminister a.D., Vorsitzender Michael Garvens, Martin Dörmann MdB. Am Rednerpult: Der Parlamentarische Staatssekretär Gunther Adler (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Ein Praktikum beim Professor

Vielen Dank an dieser Stelle an Magdalena Rindermann-Haugwitz. Die Jurastudentin aus NRW hat die vorlesungsfreie Zeit doch tatsächlich freiwillig im Büro eines Juraprofessors verbracht und sein Berliner Team in den vergangenen vier Wochen tatkräftig unterstützt. Wie sie selbst die Zeit bei uns im Büro wahrgenommen hat, berichtet sie [hier](#).





Gespräch mit Michel Friedmann

Nicht alles, was man mit einem Journalisten bespricht, findet den Weg in die Öffentlichkeit. Im Gespräch mit Michel Friedmann (Mitte) ging es ebenso „hart zur Sache“, wie er es gerne in seiner Talksendung auf N24 hat. Allein die Kameras und Mikrofone mussten draußen bleiben – das kam den Mitgliedern der „Gruppe 13“ (sie alle sitzen erstmals seit 2013 im Deutschen Bundestag) aber auch ganz gelegen.

Kunst-Station Sankt Peter erhält Bundesförderung völlig zu Recht!

Die Kunst-Station Sankt Peter in der Kölner Innenstadt ist Vorreiter und Flaggschiff, was moderne Orgelmusik angeht. Deshalb wird sie, als national bedeutsame Orgel, „völlig zu Recht“ mit 100.000 Euro vom Bund gefördert, sagte Heribert Hirte. Was er sich nun vom Land NRW wünscht, lesen Sie im [Magazin Report-K](#).

Union schafft es, Bürokratiekosten zu begrenzen

Schon einmal von der CSR-Richtlinie gehört? Damit beschäftigt sich Heribert Hirte seit Jahren im Rechtsausschuss. Die „Corporate-Social-Responsibility-Richtlinie“ der EU sieht vor, dass kapitalmarktorientierte Unternehmen künftig in ihren Bilanzen auch Informationen über ihre soziale Verantwortung offenlegen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht hat das Bundeskabinett nun vorgelegt. Kommende Sitzungswoche wird darüber im Bundestag in erster Lesung debattiert. „Für uns war bei den Verhandlungen zum Gesetz entscheidend, dass sich die Bürokratiebelastung der Unternehmen in Grenzen hält. Dieses Ziel haben wir erreicht“, kommentierte Heribert Hirte. [Die taz](#) berichtete.

„IPPFoRB“ in aller Munde

Wer sich fragt, was große internationale Konferenzen zum Thema Religionsfreiheit überhaupt bringen, dem sei gesagt: Vor allem eines – öffentliche Aufmerksamkeit! Selten zuvor war Heribert Hirte ein so gefragter Interviewpartner, wie an diesem Tag. Von einem Live-Interview in den [deutschen](#) und [englischen](#) Morgennachrichten der Deutschen Welle über einen Radiobericht im [Domradio](#) und ein Onlinevideo-Gespräch mit dem christlichen Medienmagazin [pro](#) war er überall zu hören und zu sehen.

Die Griechen berichten auch

Wie schon berichtet, ist Heribert Hirte ein Jahr nach dem denkwürdigen griechischen Referendum über die Sparauflagen der Gläubiger-Institutionen nach Athen gereist, um die weiteren Reformbestrebungen zu unterstützen. Von der Veranstaltung, die von der CDU-Schwesterpartei „Nea Dimokratia“ (derzeit in der Opposition) organisiert worden war, berichteten alle großen griechischen Tageszeitungen, wie der Kathimerini, Ta Nea oder Ethnos. Ein kurzer deutschsprachiger Artikel samt Foto findet sich zudem in der [Griechenland Zeitung](#).



© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Zumindest für die Medien war es DER Augenblick der Woche. Zugegeben, Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), ist ja auch nicht alle Tage zu Gast im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages. Das, was er zur aktuellen Niedrigzinspolitik aber zu sagen hatte, war keine große Überraschung, sagte Heribert Hirte. Herr Draghis Antworten auf die Fragen der Abgeordneten waren erwartbar und entsprachen dem, was vorab ohnehin schon in der Presse zu lesen war. Aber, fügt Heribert Hirte hinzu: „Es ist ja nicht so, als ob von niedrigen Zinsen nicht auch manch einer profitieren würde, wie insbesondere der Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung. Nur: Die beschwerten sich nicht.“

Gunther Krichbaum (li) begrüßte den Gast, als Vorsitzender leitet er die Sitzungen des Ausschusses. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (re) hatte den hohen Besuch zum Ausschuss begleitet.



Heribert Hirte
@HHirte

Persönliches Lob von der Bundeskanzlerin bekommt man nicht so oft 😊.

Angela Merkel @RegMerkel

Wusste gar nicht, dass Hirte Twitter kann. Macht gute Arbeit als Einzelkämpfer in Köln, Professor eben. twitter.com/hhirte/status/...

Oben ist Heribert Hirtes Antwort auf ein vermeintliches Lob der [Bundeskanzlerin](#) via Twitter zu sehen. Als ob Angela Merkel Zeit für Social Media-Nachrichten hätte ... schön wär's!

Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

WEITBLICK
Die Termine



Freitag, 7. Oktober 2016 in Köln

Heribert Hirte wird mit einem der neuen E-Busse entlang des Weges der Buslinie 133 fahren und sich über das Projekt der KVB informieren. Wir werden anschließend ausführlich in Bild und Text berichten. Am Nachmittag trifft er sich dann mit dem Kölner Flüchtlingsrat, die ihm die neu eingerichtete Ombudsstelle für Flüchtlinge vorstellen werden.

Mittwoch, 12. Oktober 2016 in Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat für diesen Tag eine mündliche Verhandlung über die vielen Verfassungsbeschwerden gegen das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) angesetzt. In Karlsruhe soll unter anderem geklärt werden, ob die Europäische Union bei den Verhandlungen zu CETA ihre Kompetenzen überschritten hat. Seine Entscheidung will das Gericht am 13. Oktober 2016 um 10:00 Uhr verkünden. Heribert Hirte wird zur mündlichen Verhandlung als Vertreter des Deutschen Bundestages in Karlsruhe anwesend sein.

Die nächste Sitzungswoche in Berlin beginnt am 17. Oktober 2016.

Copyright © 2016 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de

[Impressum](#) - [Datenschutz](#)